

E L S E

F R E N K E L -

B R U N S W I K

I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

POLICY PAPER

EFBI POLICY PAPER 2024-2

JOHANNES KIESS

KONTAKT

PIA SIEMER

T: +49 341 97-37892

M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

DIE FREIEN SACHSEN ZUR KOMMUNALWAHL 2024

ABSTRACT

Am 9. Juni 2024 finden in Sachsen sowie sieben weiteren Bundesländern Kommunalwahlen statt. Sie gelten als richtungweisend für die im September anstehenden Landtagswahlen. Von der symbolischen Wirkung extrem rechter Wahlerfolge abgesehen, gilt die Kommunalpolitik als „Schule der Demokratie“ (als Überblick z.B. Lerch/Piepen Schneider 2017): Hier lernen auch viele spätere Bundespolitiker:innen das parlamentarische Handwerkszeug, werden Belange der Gemeinde eigenverantwortlich entschieden und lässt sich politische Selbstwirksamkeit erfahren. Seit Jahren versucht die extreme Rechte, die parlamentarischen Abläufe zu stören, demokratisch Engagierte unter Druck zu setzen und sich in der Fläche zu etablieren (z.B. Schroeder et al. 2020). Die Verankerung im Lokalen gilt als strategische Voraussetzung für langfristige und anhaltende Erfolge im Kampf gegen

die liberale Demokratie. Das vorliegende Policy Paper analysiert die Strategie der neonazistischen Kleinstpartei Freie Sachsen in Bezug auf die im Juni 2024 stattfindenden Kommunalwahlen im Freistaat. Sie treten nur in 41 der 418 Städten und Gemeinden an und bleiben damit weit hinter ihren selbst gesteckten Zielen zurück. Allerdings treten auf ihren Listen eine Reihe bekannter Neonazis an. Wo sie Mandate erringen, drohen sie parlamentarische Abläufe zu stören.

NEONAZISTISCHE KLEINSTPARTEI BLEIBT HINTER DEN EIGENEN ERWARTUNGEN ZURÜCK

Seit 2019 saßen 946 Abgeordnete der AfD in sächsischen Kreis-, Gemeinde- oder Stadtparlamenten. Sie war damit in jeder zweiten Gemeinde vertreten. Die Heimat - bis 2022 NPD - sowie andere neonazistische Kleinstparteien und extrem rechte Wählervereinigungen konnten - wenige - weitere Mandate erringen. Die AfD hat damit die NPD auch kommunal längst als wichtigste extrem rechte Kraft abgelöst. In diesem Jahr allerdings treten die Freien Sachsen als Konkurrenz hinzu (Kiess/Nattke 2024). Monatlang versuchte die Kleinstpartei, von einer Kandidatur auf ihren Listen zu überzeugen und sich als die bedeutende Kraft des angeblich bevorstehenden Umsturzes darzustellen. Inzwischen stehen landesweit alle Kandidaturen fest. Die vorliegende Kurzanalyse zeigt (1), dass die Freien Sachsen weit davon entfernt sind, flächendeckend anzutreten. Wie auch auf der Straße und auf der Plattform Telegram sind sie weit weniger erfolgreich als sie vorgeben. Gleichwohl schaffen sie es aber (2), Teile des extrem rechten Milieus zu mobilisieren. Insbesondere treten unter ihrem Label Neonazis an, für die die AfD nicht radikal genug ist bzw. die in der AfD bisher keine Betätigungsmöglichkeiten fanden. Schließlich ist (3) festzustellen, dass die Freien Sachsen die Wahlteilnahme vor allem zur Mobilisierung für den „Widerstand“ nutzen, keineswegs, um konstruktiv am parlamentarischen Betrieb teilzunehmen.

EXTREME RECHTE KANDIDATUREN ZUR KOMMUNALWAHL 2024

Während für die Landtagswahlen vor allem das Ergebnis der AfD bundesweit als Bedrohung für die Demokratie diskutiert wird, nehmen einige Monate zuvor verschiedene extrem rechte Parteien an der Kommunalwahl teil. Die Formulierung „extreme Rechte“ umfasst als Sammelbegriff neurechte, (neo-)faschistische, (neo-)nazistische, ultranationalistische, Reichsbürger/Souveränisten und viele weitere Strömungen, die durch ihre mehr oder weniger „extrem“ ausgeprägte, aber letztlich immer wesentliche Ablehnung der liberalen Demokratie und das Bekenntnis zu einer ethnisch mehr oder

weniger exklusiven Nation verbunden sind. Ein solch breiter Begriff ist notwendig, um der Heterogenität und Wandlungsfähigkeit der Akteure gerecht zu werden (Pirro 2022). Als Sammelbegriff bezieht sich „extrem rechts“ inhaltlich im Kern auf eine Ideologie der Ungleichheit. Gemeinsame Bezugspunkte sind ein völkisch-nationalistischer Diskurs, Ungleichwertigkeitsideologie und Antipluralismus. Eine geschlossene politische Ideologie ist dabei weniger entscheidend und ist auch für die Freien Sachsen nicht zentral. Vielmehr sind die Freien Sachsen ein Beispiel dafür, dass die extreme Rechte hybrider, agiler und bewegungsförmiger geworden ist (Kiess/Nattke 2024).

Die der folgenden Analyse zugrundeliegenden Daten basieren auf einer im Auftrag des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts durchgeführten Recherche (siehe letzte Seite). Mit ihr können wir detailreich aufzeigen, dass bei den Kreisrats-, Stadtrats- und Gemeinderatswahlen neben der AfD auch die Heimat und eine Reihe extrem rechter Splittergruppen zusätzlich zu den Freien Sachsen antreten. Letztere behaupteten am 13.04.2024 auf der Plattform Facebook, dass es neben „der AfD noch Platz für eine zweite heimatreue [sic] und patriotische Partei gibt! Die Freien Sachsen sind bei Kommunal- bzw. Kreis-tagswahl am 9. Juni sachsenweit wählbar.“ Tatsächlich treten zwar beide Parteien zu den 13 Wahlen in den kreisfreien Städten sowie Landkreisen an. Die AfD allerdings schaffte es nur in 259 Städten und Gemeinden (inkl. der drei kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig) und die Freien Sachsen sogar nur in 41 der insgesamt 418 Stadt- und Gemeinderatswahlen, Kandidierende aufzustellen. Sonstige Gruppierungen treten vor allem auf Ortsteilebene an und nur in wenigen Fällen auf Gemeindeebene.

DIE PARTEI FREIE SACHSEN BLEIBT EIN SCHEINRIESE

Obwohl nach wie vor viele der extrem rechten Demonstrationen in Sachsen nicht durch die Freien Sachsen selbst angemeldet werden, haben sie sich als Dach der extrem rechten Demonstrationsdynamik

TABELLE 1

Extrem rechte Kandidaturen zur Kommunalwahl 2024

	AfD	Freie Sachsen	Heimat	Sonstige	ex AfD
Kandidaturen insgesamt	2397	709	47	418	11
Kandidierende	1719	554	45	307	10
davon weiblich	328 (19,1%)	156 (28,2%)	9 (20%)	88 (28,7%)	1 (10%)
Antritt in Städten/ Gemeinden	256	38	1	5	5
Antritt in Kreisen/ kreisfreien Städten	13	13	1	9	1

mik etabliert oder werden zumindest so wahrgenommen. Dazu tragen die wöchentlich über den Telegram-Kanal verbreiteten Auflistungen von Demonstrationen im ganzen Bundesland bei. Diese wirken auf die lokale politische Kultur (zum Folgenden Kiess/Nattke 2024): In vielen Orten sind diese die einzigen politischen Versammlungen unter freiem Himmel seit Langem. Auch wenn nur wenige daran teilnehmen, die Partei nur einzelne Mitglieder hat und Wahlerfolge begrenzt bleiben, kann durch die tatsächliche bzw. wahrgenommene Präsenz politische Dominanz erzeugt werden. Auch bei den anstehenden Kommunalwahlen macht sich die Kleinstpartei größer, als sie ist. Zwar treten sie in allen kreisfreien Städten und zu den Kreistagswahlen an, in der Fläche gelingt ihnen dies aber nur in wenigen Gemeinden (siehe Abbildung 1). Vielmehr schafften sie es nur in 41 der 418 Städte und Gemeinden, Kandidierende zu finden und auch die notwendigen Unterschriften zusammenzutragen. Auch treten zum Beispiel in Bautzen, Königstein/Sächs. Schweiz (Heimat und Bündnis Deutschland), Treuen (DSU und AfD) oder Meerane (Heimat und AfD) andere extrem rechte Gruppierungen und Parteien an. Die Freien Sachsen schafften es also hier nicht, diese Kandidaturen zu integrieren, trotz ihres Anspruchs, Dachorganisation zu sein (siehe nächster Abschnitt). Trotzdem wird auf den Plattformen Facebook und Telegram die Erzählung verbreitet, es wachse „etwas ganz Großes heran“ und die „weißgrüne Freiheitsbewegung wird zur Lawine“ (Telegram-Kanal der Freien Sachsen, 13.04.2024).

DIE FREIEN SACHSEN ALS NEONAZISTISCHE DACH-ORGANISATION

Unter den Kandidierenden finden sich dabei reihenweise Personen aus dem Umfeld der Heimat (ehemals NPD), die selbst nur punktuell antritt und weiter an Bedeutung verliert (Kiess 2023), sowie anderer extrem rechter Kleinstparteien oder Grup-

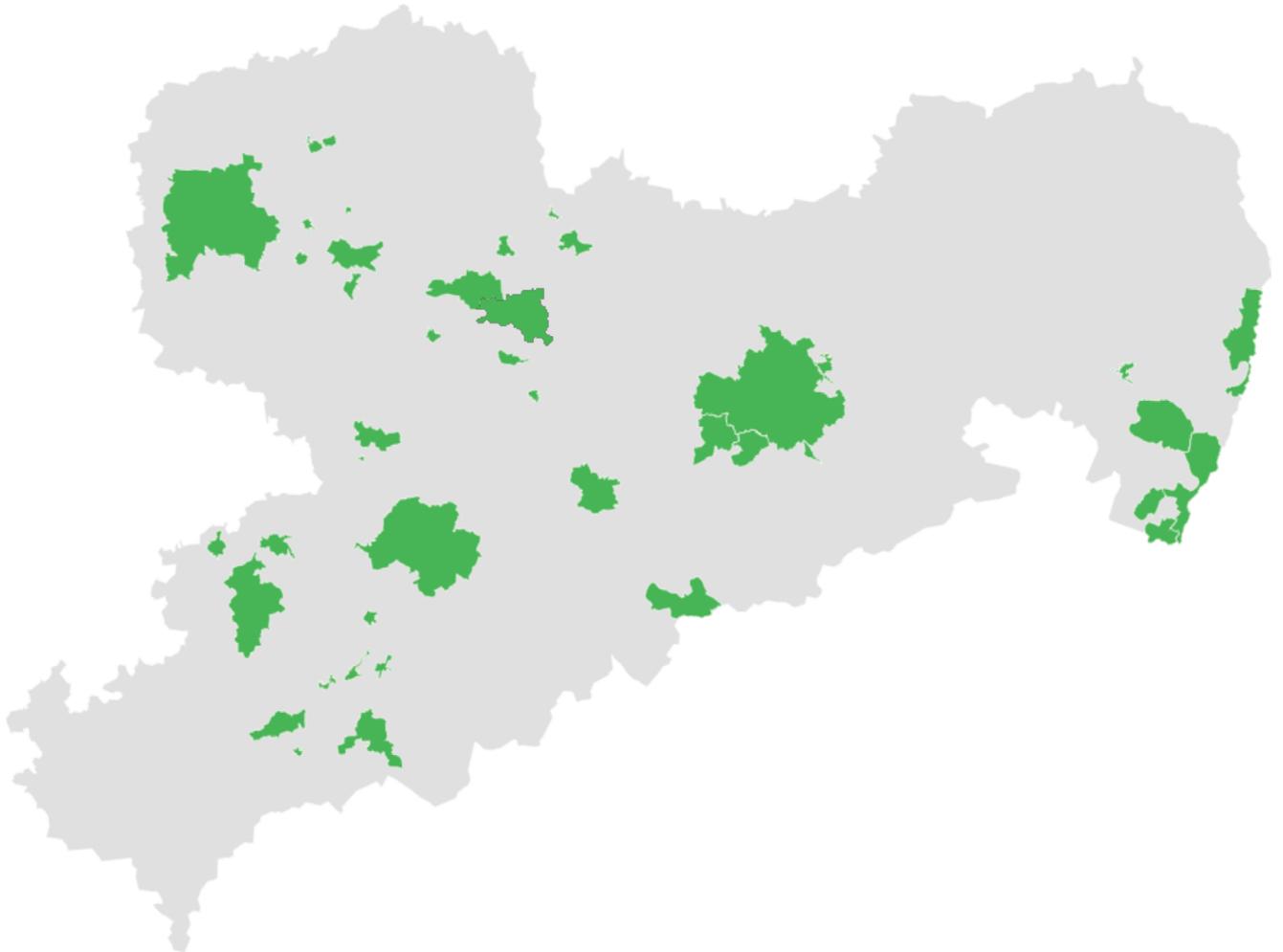
pirungen. Neben dem auf eine lange extrem rechte Karriere zurückblickenden Vorsitzenden Martin Kohlmann gehören mit den Neonazis Michael Brück (ehemals Die Rechte, Dortmund) und Robert Andres (ehemals Umfeld der Nationalen Sozialisten Chemnitz) sowie die Die Heimat-Funktionäre Peter Schreiber und Stefan Hartung zu den Protagonisten (Kiess/Nattke 2024: 49ff.). Bei den Wahlen treten nun auch Yves Rahmel (ehemaliger Betreiber des Rechtsrock-Labels PC Records), Benjamin Moses (Balaclava Graphics), Sanny Kujath (Zukunft Zwickau), Stefan Trautmann (Die Heimat), Jürgen Gansel (ehemaliger Landtagsabgeordneter der NPD) und eine Reihe weiterer einschlägig bekannter neonazistischer Aktivisten an. Dazu passt ein Wahlplakat der Freien Sachsen, das „Aktivisten statt Karrieristen“ in der sächsischen Politik fordert. Damit erfüllen die Freien Sachsen ihr Ziel zumindest teilweise, ein Dach für die neonazistische Szene sowie weitere Strömungen der extremen Rechten zu bilden, die mit dem Aufstieg der AfD zunächst an Bedeutung verloren hatten. Die Kleinstpartei kann vor allem dort reüssieren, wo bereits die NPD in den vergangenen Jahrzehnten Aufbauarbeit geleistet hat und gefestigte neonazistische Milieus existieren. In einigen Gemeinden bleibt die Zersplitterung der Szene allerdings bestehen, wie an den sonstigen Kandidaturen abzulesen.

WAHLTEILNAHME TROTZ VERACHTUNG DES PARLAMENTARISMUS

Die Freien Sachsen zielen nicht darauf, konstruktiv an der parlamentarischen Demokratie mitzuwirken. Sie bleiben eine Protestbewegung, die vor allem die Mobilisierung für den angeblich nahenden Umsturz zum Ziel hat. Die Ablehnung des Parlamentarismus bzw. der Demokratie als Idee wird immer wieder ganz offen formuliert, wie etwa von Michael Brück in einem Gespräch auf der Plattform YouTube: „Also ich persönlich habe noch nie an die Demo-

ABBILDUNG 1

Kandidaturen der Freien Sachsen zu den Kommunalwahlen 2024 auf Gemeindeebene



kratie, wie sie hier in dem Staat gepredigt wird, geglaubt. (...) Man sieht ja offenkundig, dass wir keine Mitbestimmung haben.“ (zit. n. Kiess/Nattke 2024: 99) Ob der selbst geschürten Demokratieverdrossenheit und des Misstrauens in demokratische Prozesse in den angesprochenen Milieus (etwa der Reichsbürger) ist der Vorsitzende Martin Kohlmann bemüht, dennoch von der Wahlteilnahme zu überzeugen (Telegram-Kanal Kohlmann, 26.03.2024): Gerade Kommunalwahlen seien legitim, denn „Stadträte und Kreistage gab es auch im Kaiserreich schon“. Auch seien Wahlen auf der kommunalen Ebene schwer zu fälschen, und selbst bei der Briefwahl könne man den Auszählungen beiwohnen. Wer die Freien Sachsen wähle, würde auch nicht zur Legitimierung des Systems durch Wahlteilnahme beitragen. Schließlich sei jeder Sitz für die Freien Sachsen einer weniger für die „Altparteien“.

Warum dieses Bemühen um Stimmen bei den Kommunalwahlen, wenn die zu Wählenden selbst

nicht an die Demokratie glauben und sie bzw. jene, die sie repräsentieren, bei jeder Gelegenheit verächtlich machen? Die Teilnahme an Wahlen hat explizit zum Zweck, in den Kommunen parlamentarische Abläufe zu stören, frühzeitig an Informationen zu mobilisierungsfähigen Ereignissen (vorzugsweise die Einrichtung von Geflüchtetenunterkünften) zu gelangen und kommunalpolitisches Know-how aufzubauen. Denn letzteres, so Kohlmann, sei nötig, wenn nach dem Umsturz jene Menschen nicht mehr da sein werden, die bisher kommunale Aufgaben wie Straßenbau usw. übernehmen (Kiess/Nattke 2024: 98). Diese unverhohlene Drohung gilt offenbar allen, die nicht zur Bewegung gezählt werden. An die AfD gerichtet, drohen die Freien Sachsen, dass diese sich durch Koalitionen und anderweitige Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien ebenso zum Feind mache.

FAZIT

Für eine erfolgreiche Mobilisierung sind diskursive und gesellschaftliche Gelegenheitsstrukturen (Kitschelt, 1999) notwendig. Finanz- und Wirtschaftskrise, die Euro-Krise, die sich an der Migrationsfrage entzündende politische Krise in Europa ab 2015, die Corona-Pandemie und zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bieten Gelegenheiten für die extrem rechte Mobilisierung bereits in der Bevölkerung vorhandener Ressentiments. Angesichts von Untergangsszenarien – wie sie auch die Titelseiten des Politmagazins der Freien Sachsen transportieren (Kiess/Nattke 2024: 109) – wird die faschistische Logik und das Narrativ des „Erwachen[s] einer bedrohten Nation“ mobilisiert (Fielitz/Marcks 2020, 39). Ob „Flüchtlingskrise“ oder Pandemie spielt dabei keine Rolle, die extreme Rechte versucht aus allem eine Krise zu machen (Moffitt, 2015). Dort wo auch demokratische Akteure sich von Sachorientierung verabschieden und die radikale Zuspitzung in der öffentlichen Debatte suchen, öffnen sich für die extreme Rechte diskursive Möglichkeitsräume. Denn extrem Rechte wollen, „dass der Riss noch tiefer wird“ (Götz Kubitschek zit. in Stegemann/Musyal, 2020, 222). Die Bevölkerung ist in weiten Teilen weit weniger polarisiert, als immer wieder behauptet (Mau et al. 2023). Aber die

weit verbreitete politische Deprivation und Entfremdung von der institutionalisierten Politik – der Aussage „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ stimmen 65,5 % der Befragten in Sachsen zu (Decker et al. 2023) – öffnen der extremen Rechten Spielräume, gerade auch auf der kommunalen Ebene (Kiess et al. 2024).

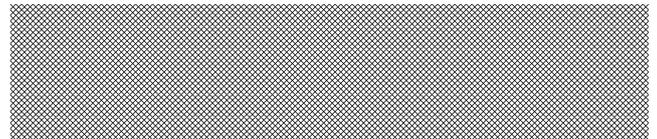
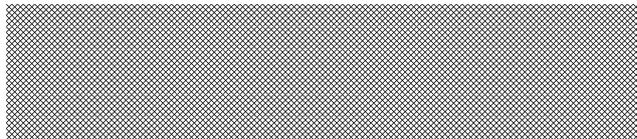
LITERATUR

- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzu-friedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern (Policy Paper 2023/2). Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Fielitz, Maik/Marcks, Holger (2020). Digitaler Faschismus: Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin: Dudenverlag.
- Kiess, Johannes/Feuerer, Amelie/Dilling, Marius (2024). Entfremdung von der Demokratie? Kommunale Wählervereinigungen und die Fragmentierung des Parteiensystems. In Oliver Decker, Fiona Kalkstein, Piotr Kocyba & Johannes Kiess (Hrsg.), Demokratie in Sachsen 2023. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts, S. 65–85. Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes/Nattke, Michael (2024). Widerstand über alles: Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren. Leipzig: edition überland.
- Kitschelt, Herbert (1999). Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute. In Ansgar Klein, Hans-Josef Legrand & Thomas Leif (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen, S. 144–163. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lerch, P., & Piepenschnieder, M. (Eds.). (2017). Kommunalpolitik: Was uns prägt – was uns eint: Beiträge zur Politischen Bildung. Münster: LIT.
- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Moffitt, Benjamin (2015). How to Perform Crisis: A Model for Understanding the Key Role of Crisis in Contemporary Populism. *Government and Opposition* 50(2): 189–217.
- Stegemann, Patrick/Musyal, Sören (2020). Die rechte Mobilmachung: Wie radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen. Berlin: Econ.

GRUNDLAGE

Diese Kurzanalyse basiert auf Recherchen, die Tilo Giesbers im Auftrag des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts durchgeführt hat. Dazu wurden die Kandidaturen aller extrem rechten Parteien und Wählervereinigungen auf Grundlage der Informationen der Wahlleitungen in den Kreisen, Städten und Gemeinden zusammengetragen. Tilo Giesbers hat bereits 2021 eine umfangreiche, deutschlandweite Studie zu extrem rechte Kommunalwahlergebnissen veröffentlicht (Giesbers et al. 2021) und recherchiert auch weiterhin zu allen Bundesländern.

Die Einschätzungen des Autors in dieser Analyse beruhen maßgeblich auf dem jüngst erschienenen Buch „Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren“ (Johannes Kiess und Michael Nattke, erschienen 2024 bei edition überland, Leipzig).

IMPRESSUM

Redaktion: Johannes Kiess
 Lektorat: Ute Rosner
 Gestaltung und Satz: Markus Dreßen, Pia Siemer,
 Redaktionsschluss: 20.05.2024
 Druck: Merkur Druck, Leipzig
www.efbi.de

AUTOR

Johannes Kiess, Dr. phil., ist Soziologe und stellvertretender Direktor des EFBI. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Entstehung und Verbreitung politischer Einstellungen und Mobilisierung, die Europaforschung und industrielle Beziehungen.



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.